



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

Niederschrift

Sitzung der Bezirksversammlung

Termin: Donnerstag, 15.12.2016

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:10 Uhr

Raum, Ort: Großer Sitzungssaal, Robert - Koch - Straße 17, 20249 Hamburg

Vorsitz

Frau Wiedemann	SPD	Vorsitzendes Mitglied
Herr Schilf	GRÜNE	2. stellvertr. Vorsitz
Frau Voet van Vormizeele	CDU	1. stellvertr. Vorsitz

stimmberechtigte Mitglieder

Herr Badel	SPD	Bezirksversammlungsmitglied
Frau Bester	SPD	Bezirksversammlungsmitglied
Herr Domres	SPD	Bezirksversammlungsmitglied
Herr Dr. Freitag	SPD	Bezirksversammlungsmitglied
Frau Greguhn	SPD	Bezirksversammlungsmitglied
Herr Gronau	SPD	Bezirksversammlungsmitglied
Herr Hahn	SPD	Bezirksversammlungsmitglied
Herr Kegat	SPD	Bezirksversammlungsmitglied
Herr Kleinow	SPD	Bezirksversammlungsmitglied
Herr Lewin	SPD	Bezirksversammlungsmitglied
Frau Dr. Otto	SPD	Bezirksversammlungsmitglied
Frau Ros	SPD	Bezirksversammlungsmitglied
Frau Schenkewitz	SPD	Bezirksversammlungsmitglied
Herr Wendt	SPD	Bezirksversammlungsmitglied
Herr Baumann	CDU	Bezirksversammlungsmitglied
Herr Bohlen	CDU	Bezirksversammlungsmitglied
Herr Debus	CDU	Bezirksversammlungsmitglied
Herr Fischer	CDU	Bezirksversammlungsmitglied
Herr Kroll	CDU	Bezirksversammlungsmitglied
Herr Kroll	CDU	Bezirksversammlungsmitglied
Frau Lütjens	CDU	Bezirksversammlungsmitglied
Herr Müller	CDU	Bezirksversammlungsmitglied
Herr Ploß	CDU	Bezirksversammlungsmitglied

Herr Dr. Schott	CDU	Bezirksversammlungsmitglied
Herr Wersich	CDU	Bezirksversammlungsmitglied
Herr Hemesath	GRÜNE	Bezirksversammlungsmitglied
Frau Imhof	GRÜNE	Bezirksversammlungsmitglied
Herr Dr. Kaputanoglu	GRÜNE	Bezirksversammlungsmitglied
Herr Kranz	GRÜNE	Bezirksversammlungsmitglied
Frau Kratt	GRÜNE	Bezirksversammlungsmitglied
Frau Möller	GRÜNE	Bezirksversammlungsmitglied
Herr Reiffert	GRÜNE	Bezirksversammlungsmitglied
Herr Schmidt	GRÜNE	Bezirksversammlungsmitglied
Herr Werner-Boelz	GRÜNE	Bezirksversammlungsmitglied
Frau Wilckens	GRÜNE	Bezirksversammlungsmitglied
Herr Buchmann	DIE LINKE	Bezirksversammlungsmitglied
Frau Haas	DIE LINKE	Bezirksversammlungsmitglied
Herr Messaoudi	DIE LINKE	Bezirksversammlungsmitglied
Herr Schulz	DIE LINKE	Bezirksversammlungsmitglied
Frau Traversin	DIE LINKE	Bezirksversammlungsmitglied
Herr Dickow	FDP	Bezirksversammlungsmitglied
Frau Olszewski	Piraten	Bezirksversammlungsmitglied
Herr Pöstinger	Piraten	Bezirksversammlungsmitglied
Herr Adolphi	AfD	Bezirksversammlungsmitglied

Verwaltung

Herr Rösler	Bezirksamtsleiter	Bezirksamtsleiter
Herr Dr. Bigdon	Bezirksamt	Dezernatsleitung Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Herr Dummer	Bezirksamt	Dezernat Steuerung und Service
Frau Nische	Bezirksamt	Dezernatsleitung Soziales, Jugend und Gesundheit
Herr Oelrichs	Bezirksamt	Dezernatsleitung Steuerung und Service
Frau Weidemann	Bezirksamt	Dezernatsleitung Bürgerservice

Protokollführung

Frau Kolland	Bezirksamt	Geschäftsstelle der Bezirksversammlung
--------------	------------	--

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Öffentliche Bürgerfragestunde
2. Aktuelle Stunde
3. Geschäftsordnungsangelegenheiten

- 3.1. Benennung der GRÜNEN Fraktion für Regionalausschuss EWi und Vergabeausschuss
Drucksache: 20-3771
- 3.2. Umbenennung Vergabeausschuss
Antrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache: 20-3775
4. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.11.2016
5. Vorlagen des vorsitzenden Mitglieds der Bezirksversammlung
- 5.1. Uhlenhorst: Ampelschaltungen fußgängerfreundlich verändern
Stellungnahme der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Drucksache: 20-3721
- 5.2. Fuhlsbüttler Straße:
Radfahrstreifen durch mehr Symbole besser kenntlich machen
Stellungnahme der Behörde für Inneres und Sport
Drucksache: 20-3728
6. Anträge
- 6.1. Informelle Bürgerbeteiligung stärken - Diskussionsplattform im Internet nutzen!
Antrag der Gruppe Piraten
Drucksache: 20-3706
- 6.2. Bezirkliche Sondermittel für die Öffentlichkeitsarbeit des Bürgerhaus Barmbek
Antrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache: 20-3703
- 6.3. Bezuschussung aus Sondermitteln
Gemeinsamer Antrag von SPD- und GRÜNE-Fraktion
Drucksache: 20-3722
- 6.4. Bezirkliche Sondermittel
Antrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache: 20-3723
- 6.5. Kein Abschiebegewahrsam in Fuhlsbüttel
Antrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache: 20-3730
- 6.6. Einladung von ArbeitnehmervertreterInnen der Lufthansa-Technik in Sondersitzung
des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit
Antrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache: 20-3739

- 6.7. Einladung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-VertreterInnen der Lufthansa Technik in Sondersitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit
Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion
Drucksache: 20-3749
- 6.8. Keine Einstellung der Straßensammlung Papierbündel zum 1. Januar 2017!
Eilantrag der CDU-Fraktion
Drucksache: 20-3742
- 7. Große Anfragen
- 8. Vorlagen der Bezirksamtsleitung
- 8.1. Bürgerbegehren „Für den Erhalt der Verkehrssicherheit in der Langenhorner Gartenstadt Holitzberg“
Drucksache: 20-3767
- 9. Berichte aus den Ausschüssen
- 9.1. Beschlüsse des Hauptausschusses
Drucksache: 20-3726
- 9.2. Vorlage abgelehnter Anträge aus den Fach- und Regionalausschüssen
Drucksache: 20-3725
- 9.3. Alsterkrugchaussee – Tempo 50 ist laut genug!
Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel
Drucksache: 20-3717
- 9.4. Vorlage abgelehnter Anträge aus den Fach- und Regionalausschüssen
Drucksache: 20-3719

Niederschrift:

Öffentlicher Teil:

zu 1 Öffentliche Bürgerfragestunde

Thema: U5 Streckenführung/ Haltestelle Hartzloh

Ein Bürger erläutert, es ist geplant die Haltestelle in offener Bauweise zu bauen. Hierfür ist eine Bauzeit von drei bis fünf Jahren vorgesehen. In einer öffentlichen Veranstaltung der Hamburger Hochbahn zu den Plänen haben die Anwohnern deutlich gemacht, dass während der Baumaßnahmen eine Nutzung der Wohnhäuser, des Kindergartens und der Garagen nur eingeschränkt möglich sein wird. Die Anwohner halten diese Baumaßnahme insgesamt für unzumutbar, und sie möchten wissen, inwieweit die Bezirksversammlung gewillt ist sich hier

entsprechend gegenüber der Hamburger Hochbahn für die Anwohner einzusetzen.

Herr Rösler macht deutlich, dass es bisher noch keinen Beschluss gibt, diese Maßnahme am Hartzloh so durchzuführen. Derzeit gibt es noch eine ganze Bandbreite von Varianten bezüglich des Projektes, die untersucht werden. Im Januar ist eine weitere Veranstaltung geplant, bei der es erste Untersuchungsergebnisse geben wird. Den Verfahren der Hamburger Hochbahn ist ergebnisoffen und die Bürgerinnen und Bürger werden frühzeitig beteiligt. Dies bedeutet aber auch, dass noch keine abschließenden Planungen vorgelegt werden können. Das Bezirksamt wird diesen Planungsprozess kritisch begleiten.

Herr Domres stellt fest, der Bau der U5 ist gut und sinnvoll, um den öffentlichen Nahverkehr weiter zu fördern und die Umwelt durch umweltfreundliche Technologie zu schonen. Er weist auch noch mal darauf hin, dass derzeit mindestens sechs Varianten geprüft werden. Hier sollte erst einmal abgewartet werden, bis die Planungen konkreter werden.

Herr Baumann weist darauf hin, die Veranstaltung gestern war sehr emotional. Er findet es bedauerlich, dass weder ein Vertreter der Verkehrsbehörde noch des Senats daran teilgenommen hat. Die meisten Anwesenden haben die Pläne für die Haltestelle Hartzloh abgelehnt. Dies sollte frühzeitig in den Planungen berücksichtigt werden. Grundsätzlich wird das Projekt begrüßt, auch eine Haltestelle im Bereich Barmbek ist alternativlos. Es muss vor Ort vernünftige Informationsarbeit geleistet werden und die bestmögliche Lösung generiert werden.

Herr Dickow erklärt, grundsätzlich ist es gut und sinnvoll im Bereich Hartzloh eine Haltestelle zu bauen. Er macht deutlich, wie überlastet die Buslinien 172 und 7 insbesondere in den Hauptverkehrszeiten sind. Es wird deshalb hier dringend ein Verkehrsmittel benötigt, welches mehr Menschen transportieren kann. Die Frage, wo diese Haltestelle genau gebaut wird, ist noch nicht entschieden. Die Bezirksversammlung wird sich zu gegebener Zeit entsprechend positionieren. Es müssen eine möglichst schonende Bauweise und ein vernünftiger Standort gefunden werden. Hier muss aber noch abgewartet werden, bis die Planungen konkreter sind.

Herr Buchmann erläutert, die verschiedenen Alternativen sehen alle die Haltestelle rund um den Hartzlohplatz vor. Allgemeiner Konsens ist, dass die Stadtteile Bramfeld und Steilshoop besser an die City angebunden werden sollen. Die Bürgerinitiative vor Ort ist äußerst engagiert und der einheitliche Tenor ist, dass der Hartzloh bereits sehr gut an den öffentlichen Nahverkehr angebunden ist und deshalb eine Haltestelle dort nicht notwendig scheint. Vorstellbar wäre eine Verbesserung der Taktung bei den Bussen in den Hauptverkehrszeiten. Die Streckenführung über den Hartzlohplatz, Rübenkamp zur Sengelmanstraße sollte überdacht werden. Hier müsste der Beweis geführt werden, dass diese Streckenführung für viele Menschen wirklich vorteilhaft wäre. Er macht deutlich, dies müsste gegebenenfalls über einen Bürgerentscheid geklärt werden.

Eine Bürgerin stellt dar, der Standort Hartzloh-Ost ist in der Straße Hartzloh geplant und die Bezirksversammlung wird gebeten darauf zu achten, welche Schutzmöglichkeiten für die Wohnungen dort vorgesehen sind. Außerdem wird eine offene Bauweise abgelehnt, da durch diese Bauweise nur ein Abstand von 1,50 Metern bis zu den nächsten Wohnhäusern auf beiden Seiten wäre. Es würde erst einmal für fünf Jahre eine 17 Meter breite und 20 Meter tiefe Baugrube entstehen. Dies erscheint insgesamt nicht zumutbar. Sie fragt außerdem, wer für eventuelle Schäden aufkommen würde.

Herr Schmidt ist sich sicher, dass die Hamburger Hochbahn im Rahmen der Planungen, wenn die Variante Hartzloh-Ost favorisiert werden sollte, entsprechende Schutzmaßnahmen einplanen wird. Derzeit ist es noch zu früh darüber zu spekulieren, da noch verschiedenste Varianten untersucht werden. Den Bauarbeiten wird ein Beweissicherungsverfahren vorausgehen. So ist später ein Vergleich des baulichen Zustands der Wohnhäuser vor und nach den U-Bahn-Baumaßnahmen möglich, so dass die Bürger die Hochbahn für eventuelle Schäden in Haftung werden nehmen können.

Herr Fischer macht deutlich, dass die Bezirksversammlung natürlich auch dafür verantwortlich ist, dass die Bürgerinnen und Bürger vor Ort nicht unzumutbaren Belastungen ausgesetzt werden. Es wäre wünschenswert, dass die Variante Hartzloh-Ost bei genauerer Prüfung grundsätzlich ausscheidet.

Eine Bürgerin weist darauf hin, dass bei beiden Veranstaltungen der Hamburger Hochbahn erklärt wurde, dass über die Umsetzung der Baumaßnahmen noch keine Aussagen getroffen werden können. Derzeit sind noch fünf Standorte in der Prüfung, drei sind Hartzloh-Ost, -West und -Mitte. Die Hamburger Hochbahn hat auf Nachfrage darauf verwiesen, dass die Anforderung, in Barmbek-Nord eine Haltestelle zu bauen, von der Politik kommt. Der Standort soll endgültig Ende erstes Quartal 2017 festgelegt werden. Es muss deshalb dringend gehandelt werden. Hat man sich in der Bezirksversammlung mit den Varianten ernsthaft auseinandergesetzt?

Herr Rösler erklärt, das Bezirksamt nimmt derzeit eine technische ingenieurmäßige Beurteilung der verschiedenen Varianten vor. Die Bezirksversammlung ist auf technische Expertisen angewiesen um beurteilen zu können, welche von den verschiedenen Varianten die zweckmäßigste wäre. Innerhalb der nächsten Monate, wenn der Prozess weiter vorangeschritten ist, wird es Ergebnisse dieses Abwägungsprozesses geben, die den politischen Gremien vorgestellt werden. Derzeit ist eine sachgerechte Entscheidung noch nicht möglich. Er verweist darauf, dass der Auftraggeber der Senat ist und es sich nicht um ein bezirkliche Maßnahme handelt. Der Bezirk wird das Verfahren sachgerecht begleiten. Hierbei müssen die Interessen aller berücksichtigt werden.

Herr Dickow macht deutlich, die Bezirksversammlung hat hier keine Entscheidungskompetenz, da es sich um ein städtisches Projekt handelt. Sie wird eine entsprechende Stellungnahme abgeben und er hofft, dass dieser Stellungnahme dann gefolgt wird. Grundsätzlich hält er persönlich eine Haltestelle im Bereich Hartzloh für sinnvoll. Er macht deutlich, dass man auch darauf angewiesen ist, zu welchem Ergebnis die entsprechenden Fachleute kommen. Er ist sicher, man wird am Ende zu einer sachgerechten Stellungnahme kommen.

Herr Bernd Kroll stellt dar, es geht nicht darum, den Bau der U-Bahn zu verhindern sondern Transparenz vor Ort zu schaffen. Die Sorgen und Bedenken der Bürger müssen aufgenommen und ihre Fragen beantwortet werden. Die CDU wird alles tun, um eine angemessene Bürgerbeteiligung zu gewährleisten. Es muss transparent nachvollziehbar gemacht werden, warum von den zwölf Varianten sieben nicht realisierbar sind. Er erinnert daran, dass die Bezirksversammlung Hamburg-Nord die Aufgabe hat, die Interessen der Bürger zu vertreten.

Herr Domres weist darauf hin, dass das Verfahren transparent ist und dass die Bürger die Gelegenheit haben, über die Pläne des Senats zu diskutieren und ihre Bedenken und Wünsche zu äußern. Im Verlauf des Verfahrens muss dann geschaut werden, welche technischen Lösungen für die Varianten angeboten werden und ob diese zumutbar sind. Wo genau die Haltestelle gebaut wird, ist noch nicht entschieden. Fakt ist, die U-Bahn ist für Hamburg dringend notwendig und eine Haltestelle im Bereich Hartzloh ist ebenfalls sinnvoll, um die Anwohnerinnen und Anwohner dort besser anzubinden. Die Einschränkungen, die durch die Baumaßnahmen entstehen, sind natürlich für die Anwohner ärgerlich, aber unumgänglich.

Herr Buchmann bezweifelt, dass die Anwohnerinnen und Anwohner sich in diesem Bereich schlecht an den öffentlichen Nahverkehr angebunden fühlen. Es ist deshalb ebenfalls nicht zwingend notwendig hier eine Haltestelle zu bauen. Diese Streckenführung ist nicht zwingend notwendig, da das Ziel ist, Bramfeld und Steilshoop an die City anzubinden. Er schlägt vor, eine öffentliche Abstimmung zu diesem Thema durchzuführen. Dies wäre eine sinnvolle Maßnahme im Rahmen guter Bürgerbeteiligung.

Herr Wendt weist darauf hin, dass die Busse auf dieser Strecke oft überfüllt sind. Es scheint

deshalb durchaus notwendig, hier zur Entlastung eine U-Bahn-Haltestelle einzurichten. Es ist auch bedenkenswert, ob 70 Bürger einer Bürgerinitiative die Meinung der 16.000 Menschen in diesem Stadtteil vertreten. Sollte die Haltestelle gebaut werden, muss man natürlich dafür sorgen, dass die Beeinträchtigten für die Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich sind und die umliegenden Häuser vor Schäden geschützt werden.

Die Bürgerin macht deutlich, es wird am Ende des ersten Quartals 2017 entschieden, wo diese Haltestelle gebaut wird. Dann gibt es kaum noch Möglichkeiten für Änderungen.

zu 2 Aktuelle Stunde

zu 3 Geschäftsordnungsangelegenheiten

**zu 3.1 Benennung der GRÜNEN Fraktion für Regionalausschuss EWi und Vergabeausschuss
Drucksache: 20-3771**

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

**zu 3.2 Umbenennung Vergabeausschuss
Antrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache: 20-3775**

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

zu 4 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.11.2016

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift einstimmig.

zu 5 Vorlagen des vorsitzenden Mitglieds der Bezirksversammlung

**zu 5.1 Uhlenhorst: Ampelschaltungen fußgängerfreundlich verändern
Stellungnahme der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Drucksache: 20-3721**

Die Bezirksversammlung nimmt Kenntnis.

**zu 5.2 Fuhlsbüttler Straße:
Radfahrstreifen durch mehr Symbole besser kenntlich machen
Stellungnahme der Behörde für Inneres und Sport
Drucksache: 20-3728**

Die Bezirksversammlung nimmt Kenntnis.

zu 6 Anträge

**zu 6.1 Informelle Bürgerbeteiligung stärken - Diskussionsplattform im Internet nutzen!
Antrag der Gruppe Piraten
Drucksache: 20-3706**

Herr Pöstinger erläutert, es gab in diesem Jahr mehrere Bürgerbeteiligungsverfahren hierbei wird leider bisher nicht das Internet als Diskussionsmedium genutzt. In einer Welt voller sozialer Netzwerke und einem großen Anteil von Menschen, die es gewohnt sind dort zu kommunizieren erscheint dies unverständlich. Es gibt nur wenige Beispiele, bei denen dieses Medium bisher genutzt wurde. Es sollte deshalb geprüft werden, ob die im Rahmen des Projektes „Hamburg 2030“ eingesetzte Diskussionsplattform auch für bezirkliche Beteiligungsverfahren nutzbar ist. Dies wäre eine gute niedrigschwellige Ergänzung zu den bisherigen Beteiligungsverfahren und man könnte mehr Bürgerinnen und Bürger erreichen, die die Termine vor Ort z.B. aus Zeitgründen nicht wahrnehmen können. Diese hätten dann die Chance, sich trotzdem einzubringen.

Herr Bernd Kroll begrüßt die Idee, da bei den Veranstaltungen immer wieder deutlich wird, wie wichtig eine angemessene Bürgerbeteiligung ist. Diese Diskussionsplattform wäre eine wertvolle Ergänzung. Ganz wichtig ist dabei aber, dass die Bürgerinnen und Bürger auch Antworten erhalten auf ihre Fragen und Anregungen.

Die Bezirksversammlung überweist den Antrag in den Hauptausschuss.

**zu 6.2 Bezirkliche Sondermittel für die Öffentlichkeitsarbeit des Bürgerhaus Barmbek
Antrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache: 20-3703**

Der Tagesordnungspunkt wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 6.3 und 6.4 beraten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen :
Gegenstimmen :
Stimmenthaltungen :

**zu 6.3 Bezuschussung aus Sondermitteln
 Gemeinsamer Antrag von SPD- und GRÜNE-Fraktion
 Drucksache: 20-3722**

Abstimmungsergebnis:
Nummern 1054, 1071, 1072, 1073 und 1074:
Einstimmig beschlossen

**zu 6.4 Bezirkliche Sondermittel
 Antrag der Fraktion DIE LINKE
 Drucksache: 20-3723**

Abstimmungsergebnis:
Nummern 1073 und 1074:
Siehe Drucksache 20-3722

Nr. 1075:
Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : SPD, GRÜNE, DIE LINKE, FDP, Piraten, AfD
Gegenstimmen : CDU
Stimmenthaltungen : FDP

**zu 6.5 Kein Abschiebegewahrsam in Fuhlsbüttel
 Antrag der Fraktion DIE LINKE
 Drucksache: 20-3730**

Frau Haas erklärt, dass Abschiebegewahrsam widerspricht menschenrechtlichen Grundsätzen. Hiermit soll eine sanfte Abschiebung erleichtert werden, es führt aber zu enormem Stress bei den Betroffenen und zu Misstrauen, dass wenn einer Aufforderung zur Ausreise keine Folge geleistet wird, es zu Inhaftierung führt. Dies sollte nicht einfach hingenommen werden. Es sollte im Sozialausschuss mit Vertretern der Behörde für Inneres und Sport öffentlich diskutiert werden. Sie macht deutlich, im Bezirk Hamburg-Nord hat man eine gute Willkommenskultur, der eine verschärfte Abschiebep Praxis grundsätzlich widerspricht.

Herr Domres stellt fest, das Thema wurde bereits in öffentlicher Sitzung am 04.10.16 im Hauptausschuss behandelt. Dort hätte die Fraktion DIE LINKE ihre Bedenken äußern und eine entsprechende Stellungnahme einbringen können. Er macht deutlich, Menschen, die abgeschoben werden sollen, gehören nicht in den normalen Strafvollzug. Dies wäre unwürdig. Ein Abschiebegewahrsam ist keine Optimallösung, kann für bestimmte Fälle aber notwendig sein.

Herr Dickow schließt sich den Ausführungen von Herrn Domres an. Man muss genau schauen, wie man Menschen, die eine Ausreiseverpflichtung haben, dazu bringt auszureisen. In den meisten Fällen wird ein Abschiebegewahrsam wohl nicht benötigt. Der vorliegende Antrag ist außerdem eher auf Bürgerschaftsebene einzubringen. Dort hat DIE LINKE bereits ebenfalls entsprechend reagiert, und das Thema wird im Ausschuss in öffentlicher Sitzung thematisiert werden. Damit erreicht man bestimmt stadtweit mehr Menschen, da es auch eine stadtweite Angelegenheit ist.

Herr Baumann erinnert daran, dass es im Jahr 2015 einen Anstieg der Flüchtlingszahlen gab und auch klar war, dass viele dieser Flüchtlinge nicht in Deutschland bleiben können. Da Aufforderungen zur Ausreise häufig nicht nachgekommen wird, wurde das Thema Ausreisegewahrsam damals von der CDU in der Bürgerschaft bereits diskutiert. Ein Abschiebegewahrsam ist rechtlich unbedenklich. Es ist durchaus erforderlich, dass den Sicherheitsbehörden für bestimmte Fälle dieses Instrument zur Verfügung steht. Dem vorliegenden Antrag kann nicht gefolgt werden.

Herr Dr. Kaputanoğlu macht deutlich, dass der Schutz von Asylsuchenden einen hohen Stellenwert hat. Es gibt also durchaus gewisse Bedenken seitens der GRÜNEN. Dem Punkt 1. des Antrages kann deshalb gefolgt werden, da eine öffentliche Diskussion durchaus notwendig erscheint.

Frau Olszewski kritisiert die derzeitige Abschiebep Praxis von Flüchtlingen aus Afghanistan. Sie macht deutlich, welche Zustände derzeit in Afghanistan herrschen. Dies ist menschenverachtende Politik. Sie sieht das Thema Abschiebegewahrsam sehr kritisch. Es handelt sich hier um Menschen, die eigentlich geflüchtet sind aus Zuständen, die für uns nicht vorstellbar sind. Es ist gut und richtig, sich hier mit diesem Thema auseinanderzusetzen und einen Referenten der zuständigen Fachbehörde einzuladen, um Antworten auf wichtige Fragen zu bekommen.

Herr Domres macht deutlich, dem Punkt 1. des Antrages kann zugestimmt werden. Eine Zuladung des Regionalausschusses hält er aber für unnötig.

Herr Werner-Boelz stellt dar, mit diesem Thema sollte man sich hier auseinandersetzen. Der Abschiebegewahrsam ist reine Symbolpolitik, der Versuch, der rechten Stimmung entgegenzukommen. Die GRÜNEN haben deshalb erhebliche Bedenken. Er kann nicht nachvollziehen, dass Menschen, die lediglich auf der Suche nach einem besseren Leben sind, eingesperrt werden sollen. Auch er kritisiert die derzeitige Abschiebep Praxis von Flüchtlingen aus Afghanistan. Es ist bestürzend, dass dies von Hamburg aus erfolgt.

Herr Dr. Schott vertritt die Ansicht, verstärkte Abschiebungen sind nicht Ausdruck und Folge einer rechten Politik. Abschiebungen sind Ausdruck des deutschen Rechtsstaates. Menschen, die abgeschoben werden, haben ein ordentliches Asylverfahren durchlaufen mit einer rechtskräftigen Entscheidung und kommen der Aufforderung zur Ausreise nicht nach. Wenn man das Asylrecht ernst nimmt, sollte der Schutz den Schutzbedürftigen vorbehalten sein und rechtskräftige Verwaltungsakte zur Ausreise müssen auch vollzogen werden. Dies gebietet der Rechtsstaat und der Respekt vor dem deutschen Asylrecht. Er macht weiterhin deutlich, Afghanistan ist ein Land, was auch dank des Einsatzes der internationalen Gemeinschaft in weiten Teilen sicher ist. Der Antrag wird abgelehnt, zumal es eine öffentliche Anhörung auf Bürgerschaftsebene geben wird.

Abstimmungsergebnis:

Punkt 1.:

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : SPD, GRÜNE, DIE LINKE, Piraten
Gegenstimmen : CDU, FDP
Stimmenthaltungen : AfD

Punkt 2.: Überweisung in den Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Integration. Hierzu werden die Mitglieder des zuständigen Regionalausschusses zugeladen.

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : SPD, GRÜNE, DIE LINKE, Piraten
Gegenstimmen : CDU, FDP
Stimmenthaltungen : AfD

**zu 6.6 Einladung von ArbeitnehmervertreterInnen der Lufthansa-Technik in Sondersitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit
Antrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache: 20-3739**

Der Tagesordnungspunkt wird zusammen mit Tagesordnungspunkt 6.7 beraten.

Frau Traversin erläutert, Teile der Lufthansa-Technik sollen aufgelöst werden. Es besteht Sorge, dass es durch Umstrukturierung an diesem Standort bei diesem größten Arbeitgeber im Bezirk Hamburg-Nord zu Entlassungen kommt. Es muss sich informiert werden, welche Auswirkungen hat dies für den Bezirk Hamburg-Nord. Es sollten deshalb entsprechende Referenten eingeladen werden, die perspektivisch berichten, was dies zukünftig für den Bezirk sowie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeutet und ob es Möglichkeiten gibt den Standort zu erhalten. Sie erklärt, die Ergänzung der CDU wird übernommen.

Herr Debus stellt dar, der Standort insgesamt ist nicht gefährdet, sondern der Bereich „Flugzeug-Überholung“. Dieser Bereich wird geschlossen. Von den knapp 400 dort beschäftigten Mitarbeitern werden voraussichtlich 300 das Unternehmen verlassen und 100 in anderen Bereichen untergebracht. Es ist auf jeden Fall wichtig, dass dieser Arbeitgeber erhalten bleibt und Standortgarantien gegeben werden. Es wäre deshalb wohl sinnvoll, neben Vertretern von Gewerkschaft und Betriebsrat auch Vertreter des Vorstandes einzuladen. Denkbar wäre eine Veranstaltung oder eine Anhörung vor Ort.

Herr Wendt befürwortet, dass man sich mit der Thematik befasst und dass auch Vertreter des Arbeitgebers eingeladen werden. Der Antrag wird deshalb unterstützt.

Frau Möller macht deutlich, der Antrag wird unterstützt. Es ist gut und sinnvoll dies zu thematisieren und kritische Fragen zu stellen, z.B. warum der Standort nicht gehalten wird.

Die Fraktion DIE LINKE übernimmt die vorgeschlagene Ergänzung der CDU-Fraktion.

**zu 6.7 Einladung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-VertreterInnen der Lufthansa Technik in Sondersitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit
Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion
Drucksache: 20-3749**

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

**zu 6.8 Keine Einstellung der Straßensammlung Papierbündel zum 1. Januar 2017!
Eilantrag der CDU-Fraktion
Drucksache: 20-3742**

Herr Bernd Kroll macht deutlich, ein Bereich des Umweltschutzes ist die Mülltrennung. Papier und Pappe gehören nicht in den Restmüll. Die blaue und die gelbe Tonne sind gut und sinnvoll. Jetzt wurde der Beschluss gefasst, in den Gebieten, in denen bisher keine Tonnen aufgestellt werden können, die wöchentliche Straßensammlung einzustellen. Da die Altpapiercontainer in diesen Stadtteilen ohnehin schon immer überfüllt sind, würde das

Papier wohl dann dort im normalen Hausmüll landen. Es sollte deshalb heute ein klares Signal an den Senat gesendet werden.

Herr Reiffert erläutert, es gibt seit 2008 eine Übergangsphase. Die offizielle Straßenpapiersammlung ist seitdem eingestellt. Für einige Stadtteile gab es Ausnahmen. Er kann den Eil-Antrag deshalb nicht nachvollziehen, da bereits seit acht Jahren bekannt ist, dass die Straßenpapiersammlung jetzt endgültig eingestellt wird. In diesen acht Jahren hatten die Hauseigentümer Zeit eine blaue Tonne anzuschaffen bzw. hierfür auch einen Standplatz zu schaffen. Er merkt an, dass die Leute das Papier leider nicht immer anständig bündeln, was häufig zu Problemen führt. Die blauen Tonnen sind definitiv hier die bessere Alternative. Der Antrag wird abgelehnt.

Herr Dickow weist darauf hin, der Widerstand gegen die Abschaffung der Straßenpapiersammlung ist eigentlich sehr gering. Die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger begrüßt die Abschaffung und dass kein Papier mehr auf der Straße liegt. Der Antrag wird abgelehnt.

Herr Bernd Kroll stellt fest 2008 wurde das Ziel definiert, aber nicht, wann die Übergangslösung endet. Damals war allen Beteiligten klar, dass der Umweltschutz und die Mülltrennung hierbei an erster Stelle stehen sollen. Die Straßenpapiersammlung sollte deshalb erst eingestellt werden, wenn sichergestellt ist, dass ausreichende Möglichkeiten zur Entsorgung des Papiermülls vorhanden sind.

Herr Adolphi stellt dar, dass das an der Straße abgelegte Papier häufig keinen schönen Anblick darstellt. Er kann nicht nachvollziehen, dass die Weiterführung dieser Straßenpapiersammlung befürwortet werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

Für-Stimmen : CDU
Gegenstimmen : SPD, GRÜNE, FDP, AfD
Stimmenthaltungen : Piraten

zu 7 Große Anfragen

zu 8 Vorlagen der Bezirksamtsleitung

**zu 8.1 Bürgerbegehren „Für den Erhalt der Verkehrssicherheit in der Langenhorner Gartenstadt Holitzberg“
Drucksache: 20-3767**

Die Bezirksversammlung nimmt Kenntnis.

zu 9 Berichte aus den Ausschüssen

**zu 9.1 Beschlüsse des Hauptausschusses
Drucksache: 20-3726**

Die Bezirksversammlung nimmt Kenntnis.

**zu 9.2 Vorlage abgelehnter Anträge aus den Fach- und Regionalausschüssen
Drucksache: 20-3725**

Die Bezirksversammlung nimmt Kenntnis.

**zu 9.3 Alsterkrugchaussee – Tempo 50 ist laut genug!
Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Langenhorn-Fuhlsbüttel-
Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel
Drucksache: 20-3717**

Der Tagesordnungspunkt wird zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 9.4 beraten.

Herr Schmidt erklärt, die Bürgerinnen und Bürger an der Alsterkrugchaussee leiden unter dem Straßen- und Fluglärm. Wenn man nur den Straßenlärm betrachtet, ist dieser im gesundheitsschädlichen Bereich. Er erläutert die gesundheitlichen Folgen von starken Lärmbelastungen. Die Alsterkrugchaussee ist die einzige Straße im Bezirk Hamburg-Nord wo Tempo 60 auf einer normalen Straße gefahren werden kann. Tempo 50 würde hier eine erhebliche Verbesserung bedeuten. Hinzu kommt eine geringere Verkehrsgefährdung aller Verkehrsteilnehmer.

Herr Debus stellt fest, die Stadt Hamburg hat beim Bundesländerindex Lärminderung den 16. Platz, bei Mobilität und Umwelt den 16. Platz und bei der Verkehrssicherheit den 13. Platz belegt. Er macht deutlich, es hat keine konkreten Beschwerden von Anwohnerinnen und Anwohnern gegeben. Es gibt auch keine belastbaren Messergebnisse über die Lärmbelastung in diesem Bereich, die die Forderung nach Tempo 50 stützen. Er verweist auf die Aussagen der Verkehrsbehörde aus dem Jahr 2014, dass die Temporeduktion von 60 km/h auf 50 km/h keinerlei positive Ergebnisse hinsichtlich des Lärmschutzes bietet. In den Hauptverkehrszeiten ist außerdem ohnehin das Fahren mit 60 km/h auf dieser Strecke gar nicht möglich. Wichtig ist es allerdings, in den Randzeiten durch Geschwindigkeitskontrollen zu verhindern, dass schneller als 60km/h gefahren wird. Er fordert deshalb, dass zuerst der Nachweis erbracht wird, dass eine Temporeduzierung sinnvoll ist. Dann wäre diese Maßnahme durchaus prüfenswert. Er ist sicher, es gibt andere Maßnahmen zur Lärminderung auf der Straße in Hamburg bzw. Hamburg-Nord wie z.B. Schallschutzwände, Lärmsanierung von Straßen etc., die wesentlich effektiver sind, damit Hamburg nicht derart schlecht beim Bundesländerindex Lärminderung abschneidet. Er verweist weiterhin auf die Probleme hinsichtlich der Lärmbelastigung bezüglich des Fluglärms in diesem Bereich. Es wird deshalb gefordert, die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 60 km/h beizubehalten.

Herr Dickow stellt fest, die FDP wird dem Antrag der CDU zustimmen. Er schließt sich im Grundsatz den Ausführungen von Herrn Debus an.

Herr Adolphi erklärt, dem Antrag der CDU wird zugestimmt. Bisher hat die Erhöhung des

Tempolimits zu keinen Nachteilen für Anwohnerinnen und Anwohnern geführt. Er kritisiert, dass man keine Stellungnahme der Polizei hierzu eingeholt hat.

Frau Olszewski stellt fest, es ist nicht zumutbar, zusätzlich zu dem Fluglärm noch weiterem Lärm ausgesetzt zu sein. Auch eine geringe Verbesserung ist ein Gewinn für die Anwohnerinnen und Anwohner. Es ist nicht nur der Lärm entscheidend sondern auch die Gefährdungslage für andere Verkehrsteilnehmer wie z.B. Fußgänger. Bei einer Geschwindigkeit von 60 km/h besteht bei einem Unfall mit einem Fußgänger eine 60 % tige Tötungswahrscheinlichkeit und bei 70 km/h beträgt diese sogar 90%.

Abstimmungsergebnis:

Die Drucksache wird alternativ mit Drucksache 20-3704 abgestimmt und mit den Fürstimmen von SPD, GRÜNE, DIE LINKE und Piraten mehrheitlich beschlossen.

**zu 9.4 Vorlage abgelehnter Anträge aus den Fach- und Regionalausschüssen
Drucksache: 20-3719**

Abstimmungsergebnis:

Die Drucksache wird alternativ mit Drucksache 20-3717 abgestimmt und bei Fürstimmen von CDU, FDP und AfD mehrheitlich abgelehnt.

Vorsitzendes Mitglied
Dagmar Wiedemann

Für die Niederschrift
Kolland